DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

November 11/1997

Einige Gedanken zum 9. November

„Wenn wir aus der Vergangenheit eine Lehre ziehen, gibt es eine wirkliche Hoffnung für die Zukunft!"

Lord Russell of Liverpool

Im Februar 1933 marschierten z.B. in Essen in Gruppen von 80 bis 100 Mann SA-Trupps an vielen Stellen der Stadt, im Takt einer Trommel skandierten diese Gruppen immer nur diesen Text: „Hängt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand!" Mit diesem einfachen Satz verkündeten sie das ganze Programm der Nazipartei, das Hitler in den Zusammenkünften der „Vaterländischen Vereine" und in den Industrieclubs so formulierte: „Wer nicht für uns ist, wird vernichtet" oder „Der jüdische Bolschewismus wird ausgerottet."

Diese „Ziele" wurden konsequent verfolgt. Allerdings wurden zuerst die Arbeiterorganisationen zerschlagen. Für unsere Stadt Bremen läßt sich dies gut nachvollziehen:

Als am 1. April 1933 mit 100 „Schutzhäftlingen" aus dem Ostertor-Gefängnis das KZ Mißler eröffnet wurde, fand das erste Pogrom gegen jüdische Geschäfte in Bremen wie in ganz Deutschland statt. Nachdem die Gewerkschaften, die KPD, die SPD, sowie alle anderen demokratischen Parteien gleichgeschaltet oder verboten waren, wurden die antijüdischen Gesetze verkündet.

(Übrigens, nicht vergessen: Der Kommentator der Antijudengesetze, Globke, war unter Adenauer Staatssekretär und Verfasser des „Blitzgesetzes" und der Verbotsanträge gegen die FDJ, KPD, die VVN und vieler weiterer demokratischer Organisationen.)

Als am 9./10. November 1938 die Synagogen brannten, wurden gleichzeitig die Scheiben aller jüdischen Geschäfte eingeschlagen. Damit nicht genug, wurde gleichzeitig geplündert und zerstört. Zusätzlich mußten die Versicherungen die Entschädigungen an den Staat, statt an die Versicherten zahlen. Gleichzeitig wurde jüdisches Vermögen beschlagnahmt. Es war ein großer „Fischzug" des Naziregimes.

Vergessen werden darf auch nicht:
Die Vernichtung der Juden in großem Stil wurde erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion eingeleitet. Je weiter die faschistische Kriegsmaschine vorwärts kam, desto brutaler wurde das Naziregime. Und als es seine Niederlage erkannte, wurden die Henkersknechte noch brutaler.

Zum Schluß noch einige Zahlen:
Rund 18 Millionen Menschen wurden in KZs, Vernichtungs- und Zwangsarbeitslager eingesperrt, davon haben fast 12 Millionen ihr Leben gelassen.
Prof. Eugen Kogon mahnte auf dem Gründungskongreß der VVN im März 1947, den antifaschistischen Widerstand in Deutschland nicht zu unterschätzen. Von über 800.000 Funktionären der Arbeiterbewegung hätten nur 300.000 überlebt. Allein in den 3 Monaten nach dem 20. Juli 1944 wurden 8.588 deutsche Antifaschisten verhaftet. Darunter, so ist zu ergänzen, Julius Leber, Adolf Reichwein (SPD), Anton Saefkow und Franz Jacob (KPD).
Das sind einige Gedanken zum 9. November

Willy

Robert Stamm

Am 04.11.37 wurde der 37jährige frühere Bremer Reichstagsabgeordnete Robert Stamm hingerichtet. Als Sohn sozialdemokratischer Eltern beteiligte er sich mit 14 Jahren an der antimilitaristischen Arbeit im Bergischen Land und in Wuppertal. Als Werkzeugschlosser engagierte er sich in der Spartakus-Gruppe. Als Betriebsrat auf der schwarzen Liste wurde er Redakteur und 1931-April 1933 politischer Leiter des Bezirks Nord-West der KPD. Am 27.03.1935 wurde er zusammen mit Adolf Rembte von der Gestapo verhaftet, einer qualvollen Haft unterworfen, zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Plötzensee geköpft.
Der Anstaltsgeistliche Poelchau schrieb, ihre Überzeugungstreue und freundliche Haltung hätten einen starken Eindruck auf Mitgefangene und Beamte gemacht: „Ich erinnere mich, daß die Haltung der beiden Männer die älteren Beamten zum Nachdenken zwang. Sie äußerten sich im Anschluß an die Hinrichtung zum ersten Mal mir gegenüber kritisch über das Regime."
In seinem Abschiedsbrief schreibt Robert Stamm: „(...) Denk darum nicht an meinen Tod, denke an mein Leben. Dann wirst Du erkennen, daß Du Deine ganze Kraft nicht in Trauer um mich einsetzen mußt, sondern im Willen zum Leben, damit ich in Dir weiterleben (...). Leben, kämpfen und hoffen muß der Mensch. (...). Du bist noch jung, Du darfst noch das Ziel einer glücklichen Menschheit erleben (...)." Raimund

Das Novemberpogrom 1938

Am Montag, den 10. November, findet im Oberen Rathaussaal die zentrale Gedenkfeier zur Reichspogromnacht statt!

Näheres über die Veranstaltung auf dem Flugblatt im Innenteil!

Beiträge:

Dr. Gideon Greif, Yad Vashem, Jerusalem
Bremer Jugendsinfonieorchester
Theater AG der Naturfreunde e.V. Bremen

Bürgerschaftswahlen in Hamburg

Zu den Ergebnissen der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen in Hamburg erklärt der Landesvorstand der VVN-BdA:

Der Versuch, den Neofaschisten durch populistisches Aufgreifen ihrer Parolen das Wasser abzugraben, hat sich als fataler Irrtum erwiesen und das Gegenteil bewirkt: Die Neofaschisten haben im Verlauf des Wahlkampfes Einbrüche in weite Wählerkreise erzielt.

Seit den achtziger Jahren haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich verändert. Herrschte damals noch eine relative hohe Erwartung in eine positive Zukunftsperspektive vor, so ist diese spätestens seit Mitte der neunziger Jahre in eine erheblich und begründete Zukunftsangst umgeschlagen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben ein bisher nicht vorstellbares Ausmaß erreicht und führen zunehmend zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Das gesellschaftliche Klima verändert sich immer schneller. Banken, Konzerne und Kabinett betreiben eine rücksichtslose Umverteilungspolitik. Es fehlt jede wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative, die geeignet wäre, der Verarmung und Perspektivlosigkeit entgegenzuwirken.

In dieser Situation setzen immer mehr Menschen mit geschlossenem (neo-) faschistischen Weltbild - bereits 1981 ermittelte SINUS, daß dies in der BRD auf 13% der wahlberechtigten Bevölkerung zutrifft - dieses in Wahlverhalten um. So fehlen der DVU nur 236 Stimmen, um in die Hamburger Bürgerschaft einzuziehen, in vier Bezirksparlamenten wird sie in teilweise beachtlicher Stärke vertreten sein. Und dies, obwohl sich insgesamt elf neofaschistische und rechtsextremisische Parteien zur Wahl stellten.

Zu diesem Ergebnis hat nicht zuletzt der Hamburger Wahlkampf selbst beigetragen: CDU und SPD überboten sich in Aufnahme von Thesen und Stoßrichtung rechter Propaganda. Dabei stand die verhängnisvolle Verknüpfung von rassistischen Vorurteilen mit "Law-And-Order-Prarolen" im Mittelpunkt.

Das Hamburger Wahlergebnis ist auch Ergebnis jahrzehntelanger "Tolerierungspolitik" gegenüber den Neonazis. Staatliche Wahlkampfkostenerstattung füllt seit Jahren ihre Kassen, und ihre förmliche Zulassung zu den Wahlen durch staatliche Institutionen erteilt ihnen den trügerischen Schein der Legitimität.

DVU, Reps, NPD und andere vertreten ein in sich geschlossenes (neo-) faschistisches Weltbild. Sie sind die Nazis von heute. Es ist eine existentielle Frage, diesen jetzt - wo es noch geht - Einhalt zu gebieten und das Verbot von Ersatz- und Nachfolgeorganisationen der NSDAP durchzusetzen!

Helmut Stein und Cornelia Kerth

Liebe Leserin, lieber Leser!

Diese Ausgabe des Bremer Antifaschisten geht an einen größeren Kreis Interessierter. Unsere Zeitung informiert monatlich über Neofaschismus und Rassismus, Geschichtsklitterung, Militarismus, Sozialabbau und Demokratiezerstörung auch und gerade in Bremen. Die Gegenwehr durch Zusammenarbeit aller Antifaschistinnen und Antifaschisten zu stärken ist dabei unser besonderes Anliegen.
Wenn Sie unsere Zeitung bislang noch nicht regelmäßig beziehen, füllen Sie bitte den Abschnitt im Inneren des Heftes aus und schicken ihn an die angegebene Adresse. Noch einfacher geht es, wenn sie einfach anrufen (Tel. 382914) oder im Büro in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26 vorbeischauen. (Montags 16 - 19 Uhr und donnerstag 15 - 18 Uhr) Der Bezug kostet Sie nichts. Über eine Spende freuen wir uns.

Die Redaktion

Recherche

Antifaschistische Arbeit braucht Motivation und Information. Motivation bringt uns die Beschäftigung mit Widerstand und Verfolgung. Informationen über den organisierten Neofaschismus zu sammeln, auszuwerten und zu publizieren haben wir uns vor einem knappen Jahr als Aufgabe unserer kleinen „AG Neofaschismus" gesetzt.

In Zusammenarbeit u.a. mit dem Hartmut-Meyer-Archiv der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen suchen wir dabei die ganze Breite neofaschistischer Aktivitäten in Bremen zu recherchieren. Im Bremer Antifaschisten habt ihr einiges zu diesem Thema lesen können. Um unsere Arbeit ausweiten und intensivieren zu können, benötigen wir die Hilfe aller: Sammelt alles neofaschistische Material und laßt es uns zukommen. Auch älteres oder scheinbar unwichtiges kann Zusammenhänge aufklären.
Besonders freuen wir uns jedoch, wenn eine oder einer bei uns mitmacht.

AG „Neofaschismus" (Thomas & Gerold)

Dat isses!

Unlängst habe ich das Staatsarchiv besucht. Im Foyer waren Plakate aus der frühen BRD ausgestellt. Da gab es auch eine Zeittafel. Diese Tafel dokumentierte nur die Gründung der BRD. Sicher, „man" könnte ja sagen, das sind eben BRD-Plakate.

Aber auch, wenn man eine Dokumentation dazu erstellt, sollte man ehrlicher weise mitteilen, was vorher geschah, wie es zur Gründung der BRD auf dem Gebiet der 3 westlichen Besatzungszonen und zur Ausgrenzung der sowjetischen Besatzungszone und damit zur Spaltung Deutschlands kam. Eine Zeittafel sollte so aussehen:

30.8.1945: Das Potsdamer Abkommen tritt in Kraft. Dieses verkündet, Deutschland sei als einheitliches Ganzes zu behandeln.
01.01.1947: Das im Nov. 46 beschlossene Bizonen-Abkommen zwischen USA und Großbritannien tritt in Kraft.
12.03.1947: Präsident Truman verkündet die Grundsätze des Kalten Krieges.
28.05.1947: Die Chefs der Westzonenländer setzen den Wirtschaftsrat für die Trizone ein. Alle sind Mitglied der CDU.

28.11 bis 15.12.47: Außenminister tagen in London. Regierung der UdSSR schlägt Friedensvertrag mit D. vor. Die Westmächte lehnen ab.
28.02 bis 08.03.1948: In London beschließt eine Sechswestmächte-Konferenz Eingleiderung der 3 Westzonen in die Westwirtschaft und die separate Währungsreform.

29.03 bis 30.03.1948: Der Vertreter der UdSSR beantragt, die Währungsreform für ganz „D" durchzuführen. Abgelehnt.
20.06.1948: Separate Währungsreform für die 3 Westzonen
24.06.1948: Damit die alte Reichsmark nicht in die SBZ und Westberlin einströmt, wird auch dort die Währung reformiert. Einschließlich Westberlin. Und die Westmächte schotteten die Westzonen und Westberlin ab.

Was nun folgt, ist bekannter im Westen: Parlamentarischer Rat, genehmigtes Grundgesetz, Wahl des Bundestages und Adenauers, dann, am 07.1949, kam die DDR. Und dazwischen fand die 5. Außenministerkonferenz der Anti-Hitler-Koalition in Paris statt.
Der Vertreter der UdSSR versuchte noch einmal, ein Gesamtdeutschland ins Leben zu rufen. Die Sowjetunion verzichtete sogar auf einen Anteil von den 550 Millionen Dollar.

Dat isses, wovon kein Westpolitiker spricht.

Willy

„Hier gibt es keinen Eingang“

Eine Reise nach Sandbostel

Unsere kleine Gruppe hatte sich völlig verfahren und nirgendwo war jemand, den man hätte fragen können. Gereiztheit machte sich breit. Unvermutet bot sich uns im hinteren Wagen folgendes Bild: Der andere Wagen bog in eine hoppelige Auffahrt ein. Ernst Busche stieg aus, stampfte einen Silohaufen hinauf, gestikulierte mit einem Bauern und stieg wieder hinab.

Sodann ging es endlich zielgerichtet weiter, vorbei am Schildchen „Kriegsgräberstätte“. Als wir ausstiegen, meinte Ernst: „Es hatte ja keinen Zweck, weiter in der Gegend herumzufahren. Dann muß man eben fragen.“

Der Lagerfriedhof Sandbostel, den wir betreten, wirkt für diesen kleinen Ort mitten im Elbe-Weser-Dreieck überdimensioniert. Auf ihm liegen so viele Tote begraben, wie in einer Kleinstadt leben könnten.

Minutenlang geht man geradeaus. Der Blick findet keine Ruhe an Aufschriften wie „Pole. Unbekannt“, erst recht nicht an den folgenden, wie flache Kisten aussehenden, mit Efeu bewachsenen Hügeln. Es dauert, bis man zu verstehen beginnt, daß dies Massengräber sind. Dies liegt nicht zuletzt an den Andreas-Kreuzen der Russisch-Orthodoxen Kirche, die die Herkunft der Toten ebenso verschleiern wie erhellen. Der Rote Stern fehlt hier.

Willy, der uns sicher durch die Anlage führt, obwohl er nicht mehr viel sieht, erzählt: „Die ganzen Gräber wurden 1953 einfach umgepflügt! Erst nach Protest der alliierten Regierungen wurde diese Anlage hergerichtet.“

Die Stationen des Weges, den der deutsche Imperialismus gegangen ist, lassen sich an den Gräbern des „Stammlagers (Stalag) 10B“ ablesen: Einzelgräber für die Blitzkriege gegen Polen und Frankreich, Massengräber für den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

Geht man nach rechts, erblickt man eine fußballfeldgroße Wiese. Einige Steinkreuze lassen erahnen, was das hier ist. An die 3000 Tote der „Evakuierungs-, sprich Todesmärsche der KZ-Außenlager von Neuengamme liegen hier. Überhaupt: Zahlen. Auf einer angejahrten Tafel, die wir eher durch Zufall finden, ist von ihnen die Rede, nur eine habe ich mir gemerkt: Der Landkreis Rotenburg, zuständig für den Komplex, läßt von „6000-7000 sowjetische Militärpersonen“ schreiben, die hier verhungert sind.

Nur über eine Handvoll all dieser Toten erfährt man Näheres. Die kleinen Tafeln mit Geburts- und Todesdatum, militärischem Rang und Häftlingsnummer machen erst recht darauf aufmerksam, daß hier Tausenden die Würde vorenthalten wird. Sie sind den Überlebenden und Angehörigen der französischen KZ-Häftlinge zu verdanken, die alljährlich eine „pèlerinage“ (Wallfahrt) nach Bremen-

Dem Verfall überlassene Baracke im ehem. Lager Sandbostel

Farge und Sandbostel unternehmen.

Vor den Erinnerungstafeln erschreckt sich Ernst: „Guck dir an, wie jung die Leute waren - 23, 21 Jahre!“

Wir wollen zum ehemaligen Lager fahren. Willy dirigiert uns „ins Gewerbegebiet“. Wir schauen uns fragend an. Als wir an den Schildern „Straßenmeisterei. Gewerbegebiet. Lagerkirche“ einbiegen, wissen wir, was er meint. Links tauchen Baracken auf, nicht eine, nein ein ganzer Komplex verfallender Bunker, Stein- und Holzgebäude. Im Augenwinkel sehe ich hinter dem treudeutschen Jägerzaun, der die Vorderseite abgrenzt, eine große Anzahl Schafe weiden. Die nächste Baracke nimmt mir sofort die Sicht; Ich denke: Spinne ich?

Wir steigen aus und nehmen das ganze Ausmaß des Verfalls wahr: Zugemauerte Fenster, eingestürzte Dächer, herumliegender Müll. Dazu stinkt es nach Schafmist und Jauche. Willy führt uns zum benachbarten Feld, auf dem der Mais menschenhoch steht. „Hier standen dicht an dicht Baracken und es sah hier 1945 so aus wie in Bergen-Belsen. Die Leichen lagen überall in den Lagerstraßen herum.“ Er berichtet von den Gedenkveranstaltungen, die lokale Aktivisten veranstalteten. Er erzählt von den Fotos des britischen Militärs, die hier provisorisch aufgestellt wurden. „Da kam so eine aus dem Ort, zeigte auf die Fotos und keifte: ‚Das ist nicht wahr, das nicht und das auch nicht. Aber das Foto, wo wir die Leichen aus den Baracken tragen, das ist echt!‘“

Willy deutet auf eine Stelle neben dem Feld: „Hier lagen die Steine, die damals die Teilnehmer des Gedenkmarsches (1985) aus Farge hergeschleppt haben. Kurze Zeit später waren die wieder weg.“

Der Jägerzaun, verstehe ich mittlerweile, kann nur aus der Zeit stammen, als hier ein Auffanglager für gewesene DDR-Bürger war. Wir wollen sehen, wie es in den Baracken aussieht. Aber bekanntlich kann man in Deutschland nicht über einen Zaun steigen, ohne daß jemand brüllt: „Was machen sie da?!“

Wir sehen noch die Militärkisten mit der Aufschrift „Zündmittelsatz“ im halb zusammengebrochen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude. Regine erkundigt sich höflich nach dem Eingang und bekommt als Antwort den Satz, der für 50 Jahre lokale Verdrängungspolitik steht: „Hier gibt es keinen Eingang.“

Der Mann mit der Karre voll Schafmist fühlt sich dafür zuständig, sein Gemeinwesen und Deutschland zu entschulden. „Tote gibt es nun mal im Krieg“, sagt er. Regine versucht, ihn aus der dumpfen und sinnlosen Identifikation zu lösen: „Sie waren doch damals gar nicht auf der Welt, sie haben doch keinen Grund, hier etwas zu leugnen?“

Auf dem Rückweg entdecken wir dann an der Straße doch noch einen kleinen Gedenkstein. Dessen Inschrift war so unbestimmt, daß ich sie mir nicht merken konnte.

Thomas

Anwendung faschistischer Methoden gegen Kriminalität

Daß in Krisenzeiten die Konstruktion von Feindbildern ein populäres Mittel ist, um von den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen abzulenken und den Frust der leidtragenden Bevölkerung auf eben diese Feinbilder auszurichten, zeigt sich sowohl in sämtlichen historischen Epochen als auch gegenwärtig.
Ein dankbares Vehikel hierfür ist das Thema Kriminalität und in diesem Zusammenhang natürlich Ausländer. Dies demonstriert auch ein jüngst im Weser-Kurier erschienener Artikel (Gefängnisse reichen nicht aus /02.10.97) in widerlichster Art:
In Niedersachsen fehlten gegenwärtig rund 1.000 Haftplätze bei momentan 6.400 Gefangenen heißt es dort. Die SPD ist sich mit der CDU einig: Neue Gefängnisse müssen her.
Dies allein könnte man ja auch als Versuch deuten, der Überbelegung in deutschen Gefängnissen und den damit verbundenen sozialen Mißständen Abhilfe zu leisten. Doch daß dem nicht so ist, machte der CDU-Landtagsabgeordnete Stratmann klar: Die neu gebauten Gefängnisse sollen nach dem "Null-Toleranz-Prinzip" geleitet werden, "da uns die liberalen Konzepte nicht weitergeführt haben."
Wie dieses Null-Toleranz-Prinzip konkret auszusehen hat, scheut er sich nicht kundzutun. Stratmann verlangt künftig eine "klare Trennungslinie" zwischen "resozialisierbaren" und "nicht-resozialisierbaren" Gefangenen zu ziehen. Welcher Behandlung die in seinen Augen nicht-resozialisierbaren Häftlinge ausgesetzt sein werden, mag man sich anhand folgender Vorschläge ausmahlen.
Neben dieser Form der sozialen Selektion liebäugelt er nämlich auch mit einer ethnischen. Das heißt, für Ausländer sollen spezielle Gefängnisse errichtet werden, denn diese müssen nach Meinung des selbsternannten Herrenmenschen offenbar gesondert behandelt werden.
Weiterhin will der vor Tatendrang nur so strotzende CDU-Abgeordnete die Knäste drogenfrei machen: „Zu behaupten, es gebe den drogenfreien Knast nicht, ohne es je versucht zu haben, das reicht mir nicht."

Auch hier läßt er sich nicht lumpen und greift bei der Lösungsfindung auf faschistisches Gedankengut zurück: Alle Drogenabhängen sollen sich zu Beginn der Haftstrafe zu einem Drogenentzug verpflichten. Tun sie es nicht, wird dies eben gegen ihren Willen durchgeführt.
Zu guter Letzt träumt er noch von der Errichtung von sogenannten "Vollzugshäusern" innerhalb vorhandener Gefängnisse. Und damit bei diesem Bauboom auch die Privatwirtschaft nicht zu kurz kommt, sollen hierfür private Investoren gesucht werden.
Hinzuzufügen bleibt noch, daß dies nicht etwa verbale Ausfälle eines CDU-Mitgliedes sind, von denen sich die Fraktion distanziert. Im Gegenteil, Stratman war sich der Rückendeckung seiner Partei sicher.
Daß man wegen derlei Äußerungen in diesem Land nicht mit einer Anklage wegen Volksverhetzung und rassistischer Anstachelung zu rechnen braucht, ist bezeichnend für das politische Klima in diesem Land.
Ansonsten wünsche ich dem CDU-Abgeordneten Stratmann, daß er selbst mal in einem seiner Anschauung entsprungenen Knäste landet und über ihn befunden wird, ob er an Resozialisierungsmaßnahmen teilnehmen darf oder in Vollzugshäusern diszipliniert wird.

Jens

Ich dachte, ich hör' nicht richtig

Jeden Tag, Sonn- und Feiertag eingeschlossen, demonstrieren in Argentinens Hauptstadt 72 Frauen. Sie demonstrieren vor dem Sitz der Regierung. Sie wollen wissen, wo ihre jüdischen Männer jetzt sind. Die Frauen sind Argentinierinnen und auch Deutsche. Sie sind alle mit Männern aus Deutschland verheirat. Und diese Männer waren einmal in deutschen KZs oder Gettos, oder sind Nachfahren von Angehörigen.
Dies wurde am Sonntag, den 28.09.97, im ARD-Weltspiegel berichtet.

Gehört von Willy

Eva Schaz:

geb. 28.04.1915, gest. 28.09.1997

Unsere Freundin und Kameradin hat ihr aktives Leben beendet. Bremen war der Ort von Evas Leben. Hier war sie Lehrerin, hier war sie aktiv in der antifaschistischen Bewegung. Die Veranstaltungen des Demokratischen Frauenbundes hat sie gemeinsam mit ihren Töchtern musikalisch begleitet. Als Zeitzeugin ist Eva für die VVN-BdA, bis sie Bremen in Richtung Allgäu verlassen hat, eine beliebte Ansprechpartnerin gewesen. Bei ihrer Tochter, in der Familie Meyerdierks, hat unsere Eva einen behüteten Lebensabend verlebt. Dafür möchten wir der Familie ein herzliches Dankeschön sagen.

Der LV, i.A. Willy Hundertmark

Vulkan für eine Mark verkauft

Es ist grotesk: Der Bremer Senat verrät uns Steuerzahlern nicht, wieviel für die Altlasten und Anlaufkosten für den Verkauf des Vulkan-Marineschiffbaus gezahlt werden müssen. Wir erfahren aber, daß der neue Besitzer, Friedrich Lürssen, die Rüstungsschmiede für nur eine Mark "kauft"(!), um sich weiterhin dem Kriegsschiffexport zu widmen.

Schließlich hat es "viel Kraft und Zeit gekostet", um mit 40 Prozent an den Auftrag für die Produktion der Fregatten 124 heranzukommen. (Ich verstehe durchaus, daß bei einem derartigen Geschäft Herr Lürssen "ein bißchen Heimatgefühl" absondert.)

Die Werft hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Export von Kriegsschiffen spezialisiert, z.B. Marine-Schnellboote an das Apartheid-Regime Südafrika und an die Militärdiktatur Indonesien.

Die Firma Lürssen ist also mitverantwortlich für die vielen Kriege, die durch Waffenexporte erst möglich sind.

Mitverantwortung tragen CDU- und SPD-Senatoren für diesen Waffenhandel, den der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Anan, als einen "perversen" Vorgang beenden möchte.

Ernst

Zur 1. Islam-Woche

Bürgermeister Dr. Henning Scherf hat am 28.09 um 16 Uhr die 1. Islamwoche in Bremen eröffnet. Auf dem Bremer Marktplatz hatten sich in der Mehrheit Muslima und Muslime eingefunden. Die muslimische, die evangelische und katholische Religion beanspruchen alle den gleichen Stammvater: Abraham.

Die Erinnerung daran wurde mit starkem Beifall bedacht. Da alle 3 Religionen den gleichen Grundsatz: Friede auf Erden! haben, könnten die Progressiven dieser Kirchen Erfolge für gemeinsames Wirken erzielen. Diese Woche sollte viele Fortsetzungen haben.

Nebenbei bemerkt, der Senator des Innern, Bortscheller, war schon vorher gegen diese Veranstaltungsreihe gewesen. Unmittelbar nach der problemlos durchgeführten Reihe verbot er eine türkische Organisation in Bremen.

Willy

Nie Wieder - IG Farben!

50 Jahre nach Beginn des Kriegsverbrecherprozesses gegen die IG-Farben: Diese "Mordgesellschaft" sofort auflösen - ZwangsarbeiterInnen endlich entschädigen!
In diesem Jahr ist es der „IG-Farben in Abwicklung" zum ersten Mal nicht gelungen, ihre jährliche Aktionärshauptversammlung in Frankfurt zum beabsichtigten Zeitpunkt durchzuführen.
Jedes Jahr im August treffen sich die AktionärInnen der IG-Farben i.A. der Firma, die als Symbol für die Zusammenarbeit der NSDAP und der Industrie im Nationalsozialismus gilt, die mit ihren chemischen Erzeugnissen den Krieg der Nazis mit ermöglicht hat, die in Auschwitz ein eigenes Lager aufbaute, wo die totale Ausbeutung der Menschen betrieben wurde, die das Zyklon-B hergestellt hat, mit dem Millionen von Menschen vergast wurden.

1948 wurde vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal beschlossen, die IG-Farben zu entflechten. Daraus entstanden unter anderem BAYER, BASF und HOECHST, die bereits 20 Jahre später zu den 30 größten Chemiekonzernen der Welt gehörten.

Die Aufgabe der IG-Farben i.A. bestand in der Abwicklung noch unklarer Vermögensverhältnisse. Fast 50 Jahre später zieht sie immer noch Profite aus ihren in Reichsmark notierten Aktien. Gleichzeitig verweigert sie - und mit ihr die anderen Nachfolgekonzerne BASF, BAYER und HOECHST - gerechte und angemessene Wiedergutmachung für die Opfer und deren Angehörigen ihrer Terrortätigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus.

„ER" war in Bremen

Der ehemalige Partei- und Staatschef der ehemaligen großen Sowjetunion war in Bremen. In seiner Rede verkündete er eine neue Weltordnung. Dieser Kernsatz brachte mich zum Nachdenken:
„Eine neue Weltordnung auf der Macht des Rechts." Wenn er rechts von der Mitte meint, na denn Gute Nacht Ordnung. Wenn er tatsächlich „Recht" meint, da muß aber heftig gestritten werden.
Ich möchte für ein Recht eintreten, das keine Ausgrenzung, das keine Berufsverbote kennt, oder kurz, das Links nicht ausgrenzt. Ich möchte ein Recht haben, in dem nicht erst 25 bis 80 DM gezahlt werden müssen, um mit dem Mann zu reden, der eine neue Weltordnung ankündigt.

Willy

Seit Jahren protestieren überlebende Opfer des Nazi-Konzerns, Angehörige und FreundInnen für den sofortigen Vollzug der Auflösung. Dieses Jahr ist es gelungen, daß das Tagungshotel der Aktionärsversammlung auf Druck der GegnerInnen und Gewerkschaften (diese hatten mit einem Boykott des Hotels gedroht) keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellte. Nun probieren die IG-Farben i.A. einen alternativen Tagungsort zu finden, da sie verpflichtet sind, einmal im Jahr eine Hauptversammlung abzuhalten. Auch gegen diese Versammlung wird mobilisiert.

Die Oldenburger Gruppe *AK "Lieschen Hartmann"* bereitet die Mobilisierung gegen das diesjährige Treffen für Oldenburg-Bremen vor und wird aus diesem Grund am **05.11.1997 um 19:30 Uhr** eine Informationsveranstaltung zur Geschichte und den aktuellen Entwicklungen der IG-Farben im **Alhambra (Herrmannstraße 83, Oldenburg)** durchführen. Der Referent, Hans Frankenthal, war Häftling in Auschwitz-Monowitz und ist langjähriges Mitglied des Auschwitz-Komitees.

AK "Lieschen Hartmann" - Oldenburg

Termin

In der **St.-Stefani-Gemeinde** findet am **Freitag, den 28. November, um 20:00 Uhr** zum 32. Mal der **Internationale Soldaritäts-Basar** statt, und wird am **Samstag, den 29. November, um 15:00 Uhr** weitergeführt.

Meinungen

Georg Fülberth (Historiker) bescheinigt der VVN-BdA *„klassischen Antifaschismus"* und zum *kompaktesten Teil eines Netzwerkes verschiedenartiger Antifa-Initiativen"* geworden zu sein.
(Junge Welt, 15./16.März 1997)

Otto Köhler (Publizist) findet:

„Ein Bund der Antifaschisten ist im Zeichen der Gauweilerisierung der Union nötiger denn je."
(Freitag, Nr. 13, 21.März 1997)

Todesurteile aufgehoben

Die Bremer Staatsanwaltschaft teilte am 28.07.1997 mit, sie habe "sämtliche Urteile des Sondergerichts Bremen, in denen die Todesstrafe verhängt worden ist, systematisch" geprüft. In 31 Fällen hob die Bremer Staatsanwaltschaft Urteile auf, die auf der Grundlage speziellen NS-Rechts verhängt worden waren, z.B. der sogenannten Verordnung gegen Volksschädlinge vom 03.09.1939.

Soweit die Todesurteile nicht bereits nach dem "Bremischen Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege" automatisch aufgehoben sind, werden von der Bremer Staatsanwaltschaft Anträge auf Aufhebung der Urteile gestellt. Eine gerichtliche Einzelfallentscheidung ist notwendig, wenn auch Verstöße vorlagen, die nach damaligen wie heutigem Strafrecht strafbar waren/sind. In einigen Fällen steht die gerichtliche Entscheidung noch aus.

Raimund

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisteninnen und Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- ☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden/Antimilitarismus
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Telefon _____
Geb.-Datum _____
Beruf _____
Bremen, den _____
Unterschrift _____

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Die Gruppe „Levanti" macht auf folgende Broschüre aufmerksam:

„Rosen auf den Weg gestreut..."

Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen (Hrsg. Norddeutsche Antifagruppen)

„Anlaß für diese Broschüre sind Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der ‚akzeptierenden Jugendarbeit' für rechte Jugendliche gemacht wurden.

In den meisten Fällen hatte diese Jugendarbeit zur Folge, daß andere Jugendliche verdrängt wurden, daß Rechtsradikale die Möglichkeit bekamen, sich Strukturen zu schaffen, daß organisierte Neo-Nazis diese Strukturen mitbenutzten und Nachwuchs rekrutierten und daß die rechten Jugendlichen zunehmend andere drangsalierten und schikanierten....

In der Broschüre werden zum einen konkrete Projekte akzeptierender Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen in **Tostedt, Delmenhorst, Lilienthal** und Düsseldorf analysiert und in ihren Auswirkungen beschrieben, zum anderen aber auch die Konzepte der -Befürworter-Innen (Nazi-Kader, SozialarbeiterInnen) beleuchtet und einige Beispiele aufgezeigt, wie eine antifaschistische Jugendarbeit aussehen könnte."

50 Seiten, 4 DM + Porto
Bestelladresse: rat-reihe antifaschistische Texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Geburtstage im November 1997

Marta Lehmann	03.11., 94 J
Alma Müller	17.11., 82 J.
Elisabeth Sittig	19.11., 70 J.
Ella Schneider	21.11., 89 J.
Sigrid Müller	29.11., 53 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

Wiederholungs-konzert

Unter dem Titel "Epos vom Seyh Bedreddin" findet am **Sonntag**, den **23.11.1997**, im Schlachthof ein Wiederholungskonzert des Bremer Solidaritätschors statt.
Die Karten sind im Vorverkauf für 15,-- DM über das VVN-BdA-Büro oder Raimund (6163215) erhältlich. Der Preis für eine Karte an der Abendkasse beträgt 17,--DM.

Die verlorene Ehre des Ludwig B.

'Baumann und seine wenigen Weggefährten hingegen müssen sich seit Jahren einem demütigenden Ritual unterziehen. Bonns konservative Machthaber unter der Federführung des rechten Rechtspolitikers Norbert Geis verlangen von jenen, die sich Hitlers Völkermord entzogen haben, eine Rechtfertigung in Einzelfallprüfungen.

So klingt seit Jahren die stramme Marschmusik, die jetzt anläßlich der Münchner Wehrmachts-Ausstellung in Peter Gauweilers rechtsextremes Solo mündete. Der Text zu dieser Musik geht so: Die einschlägigen Kriegsstrafbestimmungen der Wehrmacht, die zu den Deserteursurteilen führten, hätten sich damals ohne Zweifel als rechtsstaatliche Verfahren und für die Angeklagten 'als segensreich' erwiesen.

Dies ist nicht etwa ein Zitat des Volksgerichtshof-Präsidenten Roland Freisler. Das hat vielmehr der ehemalige Marburger Landgerichtspräsident Otfried Keller am 29. 11. 1995 von sich gegeben. Keller sprach als Sachverständiger der CDU/CSU bei einer Anhörung zur Rehabilitierung der Deserteure. Er muß es ja wissen, war er doch selbst Wehrmachtsrichter, der Todesurteile ausgesprochen hat.

Ludwig Baumann hat damals bei der Anhörung geschrien: 'Ich halte das nicht aus.' Er mußte aber noch mehr aushalten. Zum Beispiel von einem anderen Sachverständigen der CDU/CSU, Franz W. Seidler, Professor an der Bundeswehrhochschule in München (...) Als Sachverständiger im Rechtsausschuß hat Seidler im November 1995 den Gipfel des Zynismus geliefert, als er den Deserteuren vorwarf, 'ichbezogen' gehandelt zu haben (...) 'Bei den Fahnenflüchtigen handelte es sich in der Mehrzahl um einfache Menschen, oft aus zerrütteten Familienverhältnissen, denen politische Überlegungen oder gar gezielte Widerstandshandlungen fremd waren.' (...)

Nein, er bereue nicht, was er getan hat. Obwohl er zehn Monate lang in der Todeszelle saß, um tagtäglich seiner Hinrichtung entgegenzublicken. Nichts bereue er, obwohl ihn die Alpträume bis heute plagten. Ludwig Baumanns Kampf ist ein Kampf gegen die Alpträume, ein Kampf um Anerkennung und Wiedergutmachung (...)'

Thomas Grasberger, Münchner Abendzeitung (05.03.1997)

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).
Wir sind regelmäßig erreichbar in:
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
Montag: 16:00-19:00 Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Kto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge:
im Büro oder direkt unter 0421/6112 62

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags mitgliederöffentlich von 18:00 - 20:30 Uhr und
der Landesvorstand jeden 4. Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist unter Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Ein BAF für alle!

Wir möchten an dieser Stelle daran erinnern, daß der BAF allen antifaschistisch Gesinnten Platz für Artikel bietet. Allein aus Gründen der Ausgewogenheit ist es wünschenswert, die Meinungen einer Vielzahl von Autoren wiederzugeben.